

IM KLARTEXT

INFORMATIONEN ZUR SOZIALEN MARKTWIRTSCHAFT

Die Ludwig-Erhard-Stiftung ist bei aller Entschiedenheit ihres Engagements für Freiheit und Verantwortung in Staat, Gesellschaft und Wirtschaft von Parteien und Verbänden unabhängig. Sie ist als gemeinnützige Vereinigung voll anerkannt.

August 2003



Sind alle Wetterfrösche grün?

Wetterfrösche sind grün – das mag Bundesumweltminister Jürgen Trittin gedacht haben, als er auf dem Höhepunkt der Augusthitze eine kühne Diagnose stellte: Die Häufung der warmen Sommer in der vergangenen Dekade sei ein handfester Beleg für die vom Menschen verursachte Klimaveränderung. Das ist Stoff für naturwissenschaftlich geschulte Klimaforscher. Sie werden diese Blitzdiagnose auf den Prüfstand der statistischen und ursächlichen Glaubwürdigkeit stellen. Man wird bald hören, was sie dazu meinen.

Ökonomen dagegen haben Grund, dem Umweltminister ein durchaus beifälliges „Weiter so!“ zuzurufen. Mit beachtlicher Zähigkeit setzt sich Trittin für die Umsetzung der Kyoto-Vereinbarung ein. Nach dieser zunächst sehr zäh zu Stande gekommenen und auch heute noch nicht überall mit großer Begeisterung begrüßten Rahmenvereinbarung soll der Ausstoß klimaschädlicher Treibhausgase in einem festgelegten Zeitprofil und mit festgelegten Zielmarken reduziert werden. Falls das gelingt, ist das eine gute Sache.

Was Ökonomen daran fasziniert, ist die Technik zur Umsetzung des Kyoto-Protokolls. Das Ziel – also der Prozentsatz der Verringerung des Ausstoßes von Treibhausgasen – ist politisch definiert und vereinbart worden. Die Umsetzung aber geht nicht über Verordnungen nach dem in der Politik gängigen Motto „Die Autoindustrie muss x Prozent erbringen, die Chemische Industrie y Prozent“. Sie wird über den Markt abgewickelt. Es werden in Höhe des jeweils vereinbarten Gesamtausstoßes Umweltzertifikate in Umlauf gesetzt, und die werden an Umweltbörsen gehandelt. Unternehmen, deren Produkte begehrt sind, werden mehr dafür bieten können als andere. Und so wird der Markt dafür sorgen, dass der knappe und wertvolle Faktor „Umwelt“ vorrangig für Güter und Dienste beansprucht wird, die lebhaft nachgefragt werden. Das Umweltziel wird erreicht, und die Wirtschaft wird nicht mit Einzelaufgaben gegängelt. Das ist gut so.

Hans D. Barbier

Insolvenzen nehmen weiter zu

Die Wirtschaftsauskunftei Creditreform hat für das Jahr 2002 rund 37 700 Insolvenzfälle gezählt. Seit 1999 steigt die Zahl der Firmenzusammenbrüche von Jahr zu Jahr, und in diesem Jahr dürften noch mehr Unternehmen Pleite machen. Von Januar bis Juni 2003 ist das bereits bei 19 200 Unternehmen der Fall gewesen.

Der Bundesverband der Inkasso-Unternehmen (BDIU) geht davon aus, dass im laufenden Jahr deutlich mehr als 40 000 Unternehmen den Gang zum Insolvenzrichter antreten. Alles in allem sieht der BDIU 650 000 Arbeitsplätze durch Insolvenzen bedroht. Der geschätzte volkswirtschaftliche Schaden liegt bei rund 50 Milliarden €.

Staatliche Hilfen für Windkraft

Betreiber von Windkraftanlagen erhalten eine staatlich festgesetzte Vergütung von rund 9 Cent pro Kilowattstunde eingespeisten Stroms. Das sind 6,5 Cent mehr als für andere Energieträger üblich. Diese komfortable Art des Geldverdienens macht das Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) möglich. Es zwingt die Stromversorger, den Windstrom zu einem Preis abzunehmen, der fast das Vierfache des Marktpreises beträgt. Der Bundesge-

Stromsubventionen

Eindeutig vergleichbare Subventionssummen lassen sich für die drei Energieträger Windkraft, Kohle und Atom nur schwer ermitteln. Während der Staat die Steinkohle direkt bezuschusst, wird die Windkraft durch einen Mix aus direkten und indirekten Hilfen und der Atomstrom mittels Steuererleichterungen und -rückstellungen gefördert. Im Jahr 2002 betragen die gesamten staatlichen Unterstützungen ungefähr 4,8 Milliarden € für die Windkraft, 3,3 Milliarden € für die Kohle sowie 1,0 Milliarden € für die Atomkraft.

richtshof in Karlsruhe hat Anfang Juni 2003 eine Beschwerde von Stromversorgern gegen das EEG zurückgewiesen: An der Zwangsabnahme sei nichts auszusetzen. Zuvor hatte der Europäische Gerichtshof bereits entschieden, dass die Einspeisung zu staatlich festgelegten Preisen keine Subvention sei.

Das stimmt, denn Subventionen sind laut Definition vom Staat gezahlte Hilfen. Den Strom aus Windanlagen zahlen jedoch die Stromunternehmen. Wie man es dreht und wendet – durch staatlichen Zwang wird ein Industriezweig unterstützt, der sich ansonsten nicht am

Markt halten könnte. Das verursacht Mehrkosten zwischen 1,6 und 3,6 Milliarden € pro Jahr, die die Stromversorger auf den Strompreis umlegen, zu Lasten der Verbraucher. Allerdings hat die Unsitte der Subventionierung von Energieträgern Tradition: Auch Strom aus Kohle und Atom fließt mit staatlicher Hilfe.

www.wind-energie.de/
www.iavg.org/iavg002.htm/

Verschwenderische Krankenkassen?

Die Verwaltungskosten der gesetzlichen Krankenkassen summierten sich 2002 auf gut 8 Milliarden €. Diese astronomisch hoch scheinende Summe hat Anfang August für Aufsehen gesorgt. Insgesamt haben die Krankenkassen im vergangenen Jahr allerdings 144 Milliarden € ausgegeben. Die Verwaltungskosten haben demnach knapp sechs Prozent aller Ausgaben ausgemacht. In den letzten zwölf Jahren sind die Verwaltungskosten je Mitglied von 5,13 im Jahr 1991 auf 5,7 Prozent im Jahr 2002 gestiegen.

Dass die Politik großen Anteil an den steigenden Verwaltungskosten trägt, bleibt meist unerwähnt. Mit jeder Gesundheitsreform hat die Politik den gesetzlichen Krankenkassen neue Aufgaben zugewiesen, in den vergangenen Jahren zum Beispiel den Aufbau eines neuen Abrechnungssystems für Krankenhäuser oder die Einrichtung von Behandlungsprogrammen für chronisch Kranke. Jetzt sollen die Krankenkassen aus der Versicherten-Chipkarte eine „intelligente Gesundheitskarte“ machen.

Warten auf die Abgasbörse

Möglicherweise sind Umweltabgaben wie die Ökosteuer für große Teile der europäischen Industrie bald Geschichte. Saubere Luft und Klimaschutz – dafür soll ab 2005 der Markt sorgen. Effektiver und zudem kostengünstiger könnten so die 1997 in Kyoto vereinbarten Klimaschutz-Ziele erreicht werden. Doch von der Theorie zur Praxis ist es ein weiter Weg.

Der Ausstoß an klimaschädlichen Treibhausgasen soll bis 2012 um acht Prozent – bezogen auf den Wert von 1990 – sinken: Darauf hatten sich die 15 EU-Staaten 1997 auf dem UN-Klimagipfel im japanischen Kyoto verpflichtet. Das Kyoto-Protokoll sieht dafür „Emissionshandel“ als umweltpolitisches Instrument vor. Nach zähen Verhandlungen haben sich Europas Parlamentarier am 2. Juli 2003 geeinigt, und Ende Juli hat der EU-Ministerrat als letzte Instanz ebenfalls grünes Licht gegeben: 2005 soll der Handel mit den Kohlendioxid(CO₂)-Emissionsrechten beginnen. Das heißt: Unternehmen bekommen zunächst eine bestimmte Zahl von „Luftverschmutzungs-Gutscheinen“ zugeteilt. Die können die Firmen dann voneinander kaufen und einander verkaufen. Das neue System wird anfangs für etwa 10 000 Großunternehmen gelten, darunter 4 000 deutsche Industriebetriebe. Die betroffenen Unternehmen sind für ungefähr 46 Prozent der EU-weiten CO₂-Emissionen verantwortlich.

Wie funktioniert Umweltpolitik?

Europas Politiker haben in der Vergangenheit bereits einiges ausprobiert, um die Umweltzerstörung und -verschmutzung in Grenzen zu halten. Sie haben mit Geset-

zen gedroht und sich anschließend mit Versprechen der Industrieverbände zufrieden gegeben, so genannten Selbstverpflichtungen. Wenn am Ende mehr Schadstoffe in der Umwelt gelandet sind, als vereinbart wurden, konnte kein Unternehmen zur Verantwortung gezogen werden. Es bestanden keine rechtlich verbindlichen Absprachen mit den einzelnen Betrieben. Beispiele für nicht eingehaltene Selbstverpflichtungen sind die Versprechen zur Sicherung der Mehrwegquote – Thema Dosenpfand – oder die Kennzeichnung schädlicher Stoffe in Holzschutzmitteln.

Außerdem hat die Politik versucht, die Umwelt nach dem – umstrittenen – Prinzip „steuern mit Steuern“ zu schützen. Damit Unternehmen weniger umweltbelastend produzieren, werden

Strafabgaben wie die Ökosteuer erhoben. Die Schwierigkeit bei der Ökosteuer ist: Niemand weiß, wie hoch sie sein muss, damit die Luftverschmutzung im beschlossenen Maß zurückgeht.

Anders beim Emissionshandel: Die Höchstwerte für die Luftbelastung werden durch Emissionszertifikate von der Politik festgesetzt. Industriebetrieben drohen saftige Strafen, sollten sie die Luft ohne entsprechende Emissionsrechte verpesten. In der EU muss voraussichtlich für jede Tonne widerrechtlich in die Atmosphäre geblasenes CO₂ ein Bußgeld von 40 € gezahlt werden. 2008 steigt dieser Betrag auf 100 €. Zusätzlich müssen entsprechende Emissionszertifikate nachgelöst werden.

Welche Maßnahmen zur Luftverbesserung getroffen werden, bleibt beim Emis-

CO₂-Emissionen

Die energiebedingten CO₂-Emissionen in Deutschland sind im Jahr 2002 gegenüber dem Vorjahr um 1,5 Prozent gesunken. Gründe für den Rückgang waren: schwache Konjunktur und mildere Witterung. Im Vergleich zum – international vereinbarten – Basisjahr 1990 fielen die CO₂-Emissionen bis 2002 um rund 15 Prozent. Das DIW stellt in seinem Wochenbericht 8/2003 aber fest: „Deutschland gehört zu den wenigen Industrieländern, in denen die CO₂-Emissionen in den 90er Jahren reduziert worden sind, doch sind die Fortschritte geringer, als von der Bundesregierung angestrebt. Ihr ambitioniertes nationales Reduktionsziel für das Jahr 2005 – die Senkung der CO₂-Emissionen gegenüber 1990 um ein Viertel – kann in dem noch verbleibenden kurzen Zeitraum nicht mehr erreicht werden.“



„Auch Müll im Kopf ist Umweltverschmutzung.“
Ullrich Wickert, Nachrichtenmoderator

sionshandel den Unternehmen überlassen. Sie wissen am besten, wie und wo durch veränderte oder sparsamere Produktionsabläufe Umweltbelastungen vermieden werden können. Wer die Luft weniger oder gar nicht belastet, wird belohnt, indem er Emissionsrechte, die sein Unternehmen nicht braucht, an andere Unternehmen verkaufen kann. Umgekehrt fahren Betriebe, deren Verschmutzung sich nur mit großem Kostenaufwand verringern ließe, mit dem Kauf zusätzlicher Emissionsrechte besser. Umweltschutz findet also dort statt, wo er am wirkungsvollsten ist: Vor allem Betriebe werden ihre Emissionen senken, bei denen die geringsten Investitionen für jede vermiedene Tonne Schadstoff anfallen.

Die Preise für Verschmutzungsrechte bestimmen sich nach Angebot und Nachfrage. Die Produzenten werden die entstehenden Kosten über die Verkaufspreise an ihre Kunden weitergeben. Die Verbraucher entscheiden dann, ob ihnen das Produkt so wert ist, dass sie die Verschmutzung in Kauf nehmen.

Emissionshandel: Für Ökonomen ein alter Hut

Für Ökonomen ist die Idee des Emissionshandels nichts neues: Der amerikanische Wissenschaftler John Harkness Dales hatte schon 1970 vorgeschlagen, Umweltpolitik marktwirtschaftlich zu organisieren – so ähnlich, wie es bald in der EU geschehen soll.

In den USA gehört der Handel mit Verschmutzungsrechten bereits zum Alltag. Um den sauren Regen zu bekämp-

fen, teilte die US-Regierung 1995 den Kraftwerksbetreibern handelbare Verschmutzungsrechte für das schädliche Schwefeldioxid (SO₂) zu. Innerhalb von fünf Jahren wurden mehr als 40 Millionen Emissionsrechte über je eine Tonne SO₂ gehandelt. Der Giftausstoß sank drastisch, während die Kosten weit unter den ursprünglich prognostizierten Werten blieben. Eine Analyse der Kreditanstalt für Wiederaufbau befindet, „dass das acid rain program die Praktikabilität von Zertifikatesystemen in der Umweltpolitik auf breiter Grundlage unter Beweis gestellt hat“.

Seit 2003 wird an der „Chicago Climate Exchange“ mit CO₂-Emissionsrechten gehandelt, obwohl die USA dem Kyoto-Protokoll nicht beigetreten sind. Die amerikanische Industrie ist deshalb nicht gesetzlich verpflichtet, ihre CO₂-Emissionen zu reduzieren. Die Betreiber der Klima-Börse erklären die Teilnahme von Unternehmen wie Ford, dem Chemie-Produzenten DuPont oder Motorola so: Zum einen wollen sie Erfahrungen im Emissionsrechte-Handel sammeln. Zum anderen nehme das ökologische Bewusstsein der Aktionäre zu: Nachhaltiges Investieren – „sustainable investment“ – sei „in“.

Bevor es in Deutschland mit dem Emissionshandel so weit ist wie in den USA, wird es noch eine Weile dauern: Spätestens Ende März 2004 soll der so genannte „nationale Allokationsplan“ stehen, der die Ausgangsverteilung fest schreibt. Bis dahin können die Lobbyisten der Kraftwerks- und Raffineriebetreiber sowie

der Stahl- und Zementindustrie unter Aufsicht von Staatssekretären aus dem Bundeswirtschafts- und dem Bundesumweltministerium um die Anfangsausstattung mit Verschmutzungsgutscheinen feilschen. In der ersten Phase von 2005 bis 2007 werden lediglich fünf Prozent der Zertifikate per Auktion an die Unternehmen vergeben, von 2008 bis 2012 müssen zehn Prozent versteigert werden. Eine marktwirtschaftliche Lösung sieht anders aus: Was spricht dagegen, die Emissionsrechte von Anfang an zu versteigern?

Marktwirtschaft – ja, aber bitte nicht sofort!

Die Liste der von Wirtschaftsvertretern vorgebrachten Einwände ist lang: Unternehmen, die seit 1990 – dem Bezugsjahr der Kyoto-Vereinbarung – den Schadstoffausstoß bereits freiwillig verringert haben, fordern dafür eine Belohnung bei der Zuteilung der Rechte. Einige Industrie-Lobbyisten argumentieren, sie seien finanziell nicht in der Lage, überhaupt für Verschmutzungsrechte zu bezahlen. Sogar verfassungsrechtliche Bedenken werden geltend gemacht: Mancher Verbandsvertreter sieht den Schutz des Eigentums und die freie berufliche Entfaltung in Gefahr, falls ausgerechnet seine Branche für die Beanspruchung der Umwelt künftig zahlen soll. Die Aufzählung der – zum Teil absurden – Argumente ließe sich beliebig fortführen.

Neben der Frage nach der Erstaussattung mit Emissionsgutscheinen sind noch weitere Punkte ungeklärt. Im

CO₂-Emissionen

in Deutschland, in Millionen Tonnen		
		Reduktion gegenüber 1990
1990	984,3	-
1995	873,0	11,31 %
1999	829,3	15,75 %
2000	831,2	15,55 %
2001	847,1	13,94 %
2002	834,0	15,27 %

Quelle: DIW

Umweltministerium weiß man zum Beispiel noch nicht, ob die am Emissionshandel beteiligten Unternehmen weiterhin Ökosteuer zahlen sollen. Dabei liegt die Antwort für jeden Befürworter einer systematischen Umwelt- und Wirtschaftspolitik auf der Hand: natürlich nicht.

Kungeln und Feilschen werden also vorerst weiterhin das Bild bestimmen. Vom neuerdings viel beschworenen „Paradigmenwechsel in der Umweltpolitik“ ist noch nicht viel zu spüren. Zu hoffen bleibt, dass der „Verteilungskampf“ nicht zur umweltpolitischen Dauerveranstaltung wird, damit möglichst bald das bessere Instrument zum Zuge kommt: der Markt.

Wie auch immer: Der Anfang zum marktwirtschaftlich organisierten Umweltschutz ist gemacht. Eine Umweltpolitik, die ökonomische Anreize für die Vermeidung von Umweltschäden gibt, ist effizient und zukunftsträchtig. Mit dem Markt für die Verschmutzungsrechte könnten gleichzeitig neue Absatzmärkte für Umweltschutzprodukte entstehen, die wiederum – beispielsweise im Maschinenbau – für Innovationen und Arbeitsplätze sorgen.

Philipp Wolter

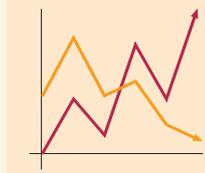


„Man kann nicht höhere öffentliche Ausgaben für Konjunkturprogramme fordern, die Steuern senken wollen und gleichzeitig über die Höhe der Schulden jammern. Das passt alles nicht zusammen.“
Ernst Welteke, Präsident der Deutschen Bundesbank

IM KLARTEXT

August 2003

SM Index



Die Soziale Marktwirtschaft im August 2003

Ludwig Erhard hat mit der Sozialen Marktwirtschaft eine Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung realisiert, in der jeder die Chance hat, seine Lebensumstände in eigener Verantwortung zu gestalten. Wie es um die Soziale Marktwirtschaft heute steht, lässt sich nicht mit wenigen Worten sagen. Die Ludwig-Erhard-Stiftung möchte dennoch eine komprimierte Beurteilung vornehmen. Sie beleuchtet Monat für Monat einen besonderen Aspekt der Grundziele, die sich aus dem Leitbild der Sozialen Marktwirtschaft ergeben: Vollbeschäftigung, Geldwertstabilität und Eigenverantwortung.

Vollbeschäftigung

Anfang Juli 2003 waren noch rund 50 000 Jugendliche ohne Lehrstelle. Es wird einiges getan, um allen Bewerbern noch rechtzeitig einen Ausbildungsplatz zu verschaffen. Nach dem „Tag des Ausbildungsplatzes“ am 24. Juni 2003 meldete die Bundesanstalt für Arbeit (BA) beispielsweise: „Der Einsatz mehrerer tausend Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter hat sich gelohnt: Bei mehr als

Freie Lehrstellen

in Tausend		
	gemeldete Stellen	unbesetzt geblieben
1998	604	23
1999	629	23
2000	625	26
2001	631	25
2002	586	18

Quelle: Bundesanstalt für Arbeit

40 000 Betriebskontakten konnten sie bundesweit 10 900 Ausbildungsstellen werben. Davon sind 4 700 noch in diesem Jahr zu besetzen, 6 200 sind für das kommende Ausbildungsjahr gemeldet worden.“

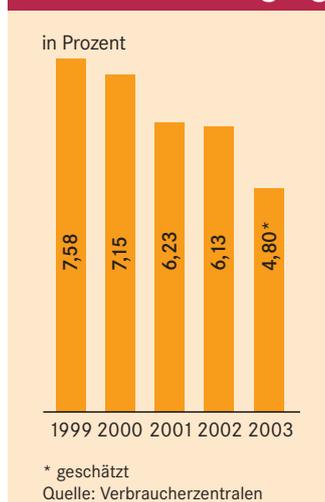
Ziel dieses Tages war laut BA aber nicht nur die Vermittlung bisher unversorgter Bewerber, sondern auch die Besetzung offener Ausbildungsstellen: Vor allem Betriebe in Bayern und Baden-Württemberg haben Schwierigkeiten, Ausbildungsplätze zu besetzen.

Geldwertstabilität

Fast die Hälfte der Bundesbürger hat eine Kapitallebens- oder Rentenversicherung zur Altersvorsorge abgeschlossen. Die Rendite einer solchen Versicherung besteht zum einen aus einer garantierten Verzinsung. Die beträgt zur Zeit 3,25 Prozent, einheitlich bei allen Versicherungsgesellschaften. Zusätzlich stehen den Versicherungskunden Anteile an den Gewinnen der Versicherungen zu, die so genannte Überschussbeteiligung.

Normalerweise bilden Versicherungsgesellschaften Gewinnrücklagen, damit sie Renditeversprechen einhalten können. Der Kursverfall an den Aktienbörsen hat diese Rücklagen aufgezehrt. Die

Überschussbeteiligung



Versicherungen mussten ihre Überschussbeteiligungen kürzen. Das hat Folgen für die Versicherten. Sinkt die Überschussbeteiligung bei 35 Jahren Laufzeit um ein Prozent, schrumpft der Auszahlungsbetrag bis zu einem Drittel: Wer eine Lebensversicherung mit der Hoffnung auf 50 000 € abgeschlossen hat, bekommt nur 35 000 € ausgezahlt.

Eigenverantwortung

Rund 30 Millionen Beschäftigte können seit Anfang 2002 eine staatlich geförderte Zu-

satzrente abschließen. Doch die so genannte Riester-Rente könnte zum Flop zu werden: Laut dem Deutschen Institut für Altersvorsorge (DIA) sind seit Anfang des Jahres 300 000 private Riester-Verträge gekündigt worden. Dem stehen nur 200 000 Neuabschlüsse gegenüber. Wird das zarte Pflänzchen „private Altersvorsorge“ bereits in diesem Jahr verdorren? Anstatt über eine Bürgerversicherung sollte intensiver über Sinn und Notwendigkeit zu mehr Eigenvorsorge aufgeklärt werden: Deutschland ist in diesem Bereich Schlusslicht unter den Industrieländern.

Gesetzliche Rente

Anteil am Einkommen der Rentner	
USA	45,8 %
Italien	48,5 %
Japan	52,4 %
Großbritannien	60,8 %
Niederlande	63,3 %
Frankreich	68,3 %
Schweden	71,1 %
Australien	77,2 %
Deutschland	81,9 %
Durchschnitt	51,9 %

Quelle: DIA

Impressum:

Herausgeber: Ludwig-Erhard-Stiftung · Johanniterstrasse 8 · 53113 Bonn
Telefon 0228 / 5 39 88-0 · Telefax 0228 / 5 39 88-49
Redaktion: Andreas Schirmer · Fotos: dpa
Druck und Herstellung: Druckerei Gerhards GmbH, Bonn-Beuel
erscheint monatlich · www.ludwig-erhard-stiftung.de

Ludwig Erhard